

**Ulrich Hoffmann**

**Präsident des Familienbundes der Katholiken**

**Littenstrasse 108**

**10179 Berlin**

Ehe-, Familien- und Lebensberater, Ehe- und Familienseelsorger im Bistum Augsburg

Engelkellerstrasse 23a

89264 Weißenhorn

## **Familie jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit**

...das ist vielleicht nicht unbedingt ein Thema, bei dem man zwingend zuerst an die Katholiken denkt. Daher ist es umso erfreulicher, dass der Familienbund hier zu Wort kommen kann.

Andererseits – vielleicht ist es doch gerade aus katholischer Perspektive ein passendes Thema, wenn man an die kürzliche Initiative #outinchurch denkt, bei der viele unterschiedliche, nicht-heterosexuelle Menschen mehr Offenheit für andere geschlechtliche Identitäten und sexuelle Orientierungen gefordert haben, oder wenn man die aktuellen Gespräche im Rahmen des synodalen Weges in den Blick nimmt, der sich mit der Anerkennung unterschiedlicher Formen von Partnerschaft, Beziehungen, geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung befasst.

Nicht auszuschließen, dass manch eine oder einer vielleicht bei diesem Thema auch ein wenig auf die Konfrontation mit dem vermeintlich „katholischen Leitbild“ von Vater, Mutter, Kind(ern) spekuliert. Diese Hoffnung muss ich allerdings enttäuschen, denn ein solches Leitbild gibt es gar nicht. Familien leben in ganz unterschiedlichen Konstellationen und Formen, mit unterschiedlicher Lebensgestaltung – und das ist ausdrücklich gut so.

Der Familienbund der Katholiken trägt zwar das Katholische im Namen, aber er ist kein Teil der verfassten Kirche, sondern zivilgesellschaftlicher, familienpolitischer Akteur. Er setzt sich für alle Familien ein und dafür, die Vielfalt von Familien gesellschaftlich wie politisch anzuerkennen.

Für den Familienbund ist Familie überall dort, wo Menschen über Generationen hinweg füreinander Verantwortung übernehmen, für Kinder, aber auch für Ältere. Zu diesen Familien gehören selbstverständlich auch die Regenbogenfamilien.

Nach einigermaßen aktuellen Zahlen der Bundesregierung von 2020<sup>1</sup> leben in Deutschland gegenwärtig etwa 10.000 Paarfamilien, in denen mindestens ein Elternteil trans- oder intergeschlechtlich ist, lesbisch, schwul, bisexuell oder queer lebt. Das ist bei insgesamt ca. 11,6 Mio. Familien – davon 8,2 Mio. Familien mit minderjährigen Kindern – ein vergleichsweise kleiner Anteil, auch wenn berücksichtigt werden sollte, dass die Erfassung schwierig ist und zusätzlich ein gewisser Teil der Alleinerziehenden, die gegenwärtig etwa 20 Prozent aller Familien ausmachen, hinzugerechnet werden muss.

Obwohl Regenbogenfamilien insgesamt also eher selten sind, leben sie durchaus vielfältig: als Alleinerziehende, als Patchworkfamilien, Paare ohne Trauschein, in einer Ehe oder eingetragener Lebenspartnerschaft. Mit einem oder mehreren Kindern, mit oder ohne Erwerbstätigkeit, sie pflegen Angehörige selbst oder suchen für sie einen geeigneten Pflegeplatz, sie genießen die schönen Seiten des Familienlebens, aber stecken auch oft im Hamsterrad der familiären Zeitnot fest.

Aus Sicht des Familienbundes stehen sie deshalb grundsätzlich vor den gleichen Herausforderungen und Alltagsorgen wie andere Familien auch. Auch sie

---

<sup>1</sup> Siehe Website des LSVD, <https://www.lsvd.de/de/ct/3292-Wie-viele-Kinder-gibt-es-mit-gleichgeschlechtlichen-Eltern-bzw-in-Regenbogenfamilien> (Stand 25.05.2022)

betrifft die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, das Gefühl der Überforderung während der Pandemie sowie die anhaltende finanzielle Belastung unter den aktuellen Inflationsbedingungen. Regenbogenfamilien sind also in erster Linie „ganz normale Familien“.

Allerdings stehen gleichgeschlechtliche, trans- oder intersexuelle Elternteile und ihre Familien häufig vor *zusätzlichen* Herausforderungen. Dazu gehören leider immer noch Anfeindungen, Vorurteile und Diskriminierung im Alltag - sei es bei der Wohnungssuche, im Berufsleben oder mit Blick auf Vorurteile gegenüber ihren Fähigkeiten zur Kindererziehung.

Im kleinen Maßstab tragen dazu auch Formulare und Dokumente bei, die die eigene Lebenssituation als Familie unzureichend oder gar nicht abbilden. Hier bedarf es auf jeden Fall der rechtlichen Gleichstellung und der entsprechenden Unterstützung durch die Familienpolitik.

Zusätzlich gibt es bei Eltern in Regenbogenfamilien oft weitere psychische und physische Belastungen, etwa im Zuge geschlechtsangleichender Maßnahmen oder auch mit Blick auf die Umwege, die zur Erfüllung von Kinderwünschen häufig in Kauf genommen werden. Auch die Frage nach der persönlichen Identität und der Akzeptanz im sozialen Umfeld stellen Belastungen dar, die heterosexuelle Familien so eher nicht erfahren.

Eines der wichtigsten Themen mit Blick auf die Familien jenseits der Heteronormativität ist aber sicherlich das häufige Auseinanderfallen von biologischer und sozialer Elternschaft - und eng verbunden damit auch die Frage nach Familiengründungen mithilfe der Reproduktionsmedizin.

Der Familienbund unterstützt vor diesem Hintergrund eine Prüfung, inwieweit das Abstammungsrecht noch zur heute gelebten Vielfalt von Familien passt. Er

spricht sich jedoch generell für behutsame Veränderungen aus, die am bisherigen, auch verfassungsrechtlichen Grundsatz festhalten, dass die rechtliche Elternschaft in der Regel den biologischen Eltern zugeordnet wird. Hier sind wir nah bei Justizminister Marco Buschmann, denn auch wir unterstützen die einfachere Anerkennung der Co-Mutterschaft bei verheirateten lesbischen Paaren und anonymer Samenspende. Sobald aber ein bekannter Spender als biologischer Vater hinzukommt, der weiter beteiligt sein will – und das in vielen Fällen ja auch soll – wird es schwierig, wie der Justizminister zu Recht festgestellt hat. Ein biologischer Elternteil könnte aus unserer Sicht Vorrang vor der sozialen Elternschaft haben – wobei es hier sehr auf die Umstände des Einzelfalls ankommt und sicherlich noch viel diskutiert werden muss.

Das eigentliche Sorgerecht und die rechtliche Elternschaft sollten aber weiterhin nur maximal zwei Personen zugewiesen werden. In der Realität zeigt sich schon heute, dass bereits bei zwei sorgeberechtigten Elternteilen eine hochgradige Konfliktsituation entstehen kann, in der nur noch die Gerichte weiterhelfen können. Bei einer Ausweitung der Entscheidungsberechtigten potenziert sich dieses Risiko, mit erheblichen belastenden Folgen insbesondere für die betroffenen Kinder. Eine Mehrelternschaft lehnt der Familienbund im Interesse der Kinder daher ab.

Andererseits ist die von der Koalition geplante Ausweitung des „kleinen Sorgerechts“ auf bis zu vier Erwachsene womöglich eine diskussionswürdige Idee, um Patchwork-Konstellationen besser gerecht zu werden und soziale Elternschaft auch jenseits nicht-heterosexueller Paarbeziehungen zu stärken.

Was die Reproduktionsmedizin betrifft, ist die Haltung des Familienbundes eindeutig: es gibt das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung - aber das ist nicht

gleichbedeutend und darf auch nicht missinterpretiert werden als ein Recht auf ein Kind in jedem Fall.

Kinderlosigkeit ist kein einfaches Schicksal, wenn es den Wunsch nach Familie gibt. Aber es gibt aus unserer Sicht Grenzen mit Blick auf die Würde des Kindes und anderer beteiligter Personen. Das gilt insbesondere für jede Form der Leihmutterschaft, die der Familienbund ablehnt.

Wir sehen eine Ausweitung der rechtlich erlaubten medizinisch-technischen Möglichkeiten generell kritisch. Dabei geht es nicht um eine Ausgrenzung von Menschen anderer geschlechtlicher Identität, sondern um das Ziel, Familie und die Geburt von Kindern nicht der Marktlogik und dem Gewinnstreben der Fortpflanzungsmedizin zu unterwerfen.

Bei diesen hochkomplexen Fragestellungen zur Reproduktionsmedizin müssen die Argumente aber sorgsam ausgetauscht werden. Weder sollte mit dem oft schnell erhobenen Vorwurf der Diskriminierung, noch mit dem apodiktischen Hinweis auf ein vermeintlich unumstößliches ethisches Prinzip vorzeitig die Debatte beendet werden.

Generell sollten wir nicht aus dem Blick verlieren, dass zur Familienperspektive immer auch die Kinder gehören. Auch für sie gelten viele der hier genannten Herausforderungen, wenn sie sich nicht als heterosexuell oder binär erleben. Gerade in der Phase des Heranwachsens stellt sich die Frage nach der eigenen sexuellen Identität und kann zu weiterer Verunsicherung führen. Gerade Jugendliche, die glauben oder wissen, transsexuell zu sein, also im für sie falschen Geschlecht zu leben, brauchen deshalb eine gute Beratung und Begleitung. Am besten gibt es beides auch für die Eltern, wenn sie es denn wünschen.

Damit bin ich fast am Ende meines Impulses angelangt. Es gäbe zu Familien jenseits von Heteronormativität noch Einiges zu sagen, vor allem aber aus

unserer Sicht noch viele offene rechtliche Fragen. [Z.B. zum geplanten Selbstbestimmungsrecht und dem vorgesehenen Wegfall einer externen Begutachtung bei Geschlechtsangleichungen, zum Umgang mit Minderjährigen und der elterlichen Zustimmungspflicht bei hormonellen Behandlungen und Operationen oder zur allgemeinen gesellschaftlichen Akzeptanz von Menschen, die vermeintlich nicht „geschlechtskonform“ sind).

Ergänzen möchte ich als Katholik aber zu guter Letzt hier doch noch ein paar Worte zur Kirche.

Beim synodalen Weg der katholischen Kirche, den der Familienbund in den Bereichen Familie, Partnerschaft, Beziehungen und Sexualität begleitet, werden aktuell ähnliche Themen aus kirchlicher Perspektive betrachtet. Hierzu ist einiges in Bewegung, auch wenn vielen die Diskussionen und Reformschritte trotz allem noch zu langsam oder nicht weit genug gehen.

Selber bin ich als Synodaler und dort im Forum IV „Liebe leben in Partnerschaft und Sexualität“ unterwegs und erlebe ein intensives und ernsthaftes Ringen um eine neue und tragfähige Sexualethik.

Insgesamt gilt in jedem Fall: Die Anerkennung und der Respekt vor jedem Menschen und auch jeder Familie, unabhängig von geschlechtlicher Identität ihrer Mitglieder, ist ein Gebot der Nächstenliebe und daher urchristlich.

Impuls bei den 8.Hohenheimer Tagen der Familienpolitik  
am 31.Mai 2022